

Der Deutsche Holzarbeiter

Eigentum und obligatorisches Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 75 Pfg. Deutscher Postzeitungs-Katalog 1924a.
Für die Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis.

Insertionspreis: Die einpaltige Petitzeile über deren Raum 15 Pfg.
Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmsstraße 11. — Telephonruf 7605
Redaktionschluss: Dienstag Mittag.

N 31.

Köln, den 31. Juli 1903.

IV. Jahrgang.

Kollegen, agitiert für unseren Verband!

Die Erhebung eines Lokalbeitrages

wurde in einem Artikel in Nr. 29 unseres Organs den Ortsverwaltungen empfohlen. „Diese Anregung“, so schreibt uns ein Verbandsmitglied, „hat mich sehr gefreut. Daß wir in wirtschaftlichen Leben ohne Geldmittel nicht viel ausrichten können, davon dürfte heute bald selbst der rückständigste Arbeiter überzeugt sein. Wenn wir die großen Kämpfe der Neuzeit betrachten, mit ihren ungeheuren Summen, die diese verschlingen, dann kann sich wohl jeder Arbeiter an den fünf Fingern abzählen, daß nur durch den äußersten Opfersinn jedes einzelnen Kollegen es möglich sein wird, dem Widerstand der Unternehmer zum Trotz bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Gerade wir christliche Arbeiter haben aber erst recht alle Veranlassung zu Opfersinn nicht hinter den Kollegen anderer Verbände zurückzustecken, weil an unsere Gewerkschaften in ihrer Jugend bedeutend größere Anforderungen herantraten, wie das bei den gegnerischen Verbänden in der ersten Zeit ihres Bestehens der Fall war. Ober haben etwa die sozialdemokratischen, wie auch die Girsch-Dunkerschen Gewerkschaften nach ihrer Gründungszeit das geleistet, was bis jetzt schon die christlichen Gewerkschaften bei Kämpfen durchgemacht haben? Nein sie haben es nicht. Wenn aber die christlichen Gewerkschaften schon in ihrer Jugendjahre mit so großer Entschiedenheit für die Verbesserung unserer Lage eingetreten, dann muß uns das auch alle anspornen mit Liebe und Lust den Gewerkschaftskassen jene Mittel zuzuführen, die sie in den Stand setzen, auch weiterhin der Erreichung besserer Arbeitsverhältnisse gerecht zu werden. Und da meine ich, bietet sich in der Zahlung eines Lokalbeitrages eine schöne Gelegenheit, ohne Statutenänderung freiwillig auf Generalversammlungsbeschluß der Zahlstellen hin unsere Stellung zu festigen.

Die Erhebung eines Lokalbeitrages hat auch noch den Vorteil, daß bei der Höhe desselben die örtlichen Verhältnisse in Betracht gezogen werden können. Diese spielen ja doch stets bei Beratungen über die Beitragshöhe eine große Rolle. Ich bin allerdings der Ansicht, daß alle Kollegen, auch die in den kleinsten Orten sehr gut das Doppelte an Beiträgen leisten könnten, wenn sie es nur wollten. Wertwürdig ist es ja, daß viele Arbeiter so ungeheuer schwer die großen Vorteile anscheinend erkennen wollen, die ihnen aus den Opfern für gut geleitete Gewerkschaften erwachsen. Dort also wo der Opfersinn unter den Kollegen noch im Trüben liegt, würde man den Lokalbeitrag etwas niedriger setzen müssen, etwa auf 5 Pfg. pro Woche, während in Orten mit fortgeschrittener Kollegenschaft ein solcher von 10 bis 20 Pfg. erhoben werden könnte.

Der Nutzen, welcher die Erhebung eines Lokalbeitrages mit sich bringt, wurde schon in Nr. 29 kurz erwähnt. Die Ortsverwaltungen bekommen mal zunächst durch die Mithilfe aller Kollegen mehr Mittel zur Verfügung, um eine planmäßige Agitation am Orte betreiben zu können. Mit Recht wurde in Nr. 29 hervorgehoben, daß jede Ortsverwaltung bestrebt sein muß, aus eigener Kraft die Zahlstelle hoch zu bringen. Unter den jetzigen Verhältnissen ist dies aber sehr schwierig, da in manchen Zahlstellen der Lokalkassenbestand gleich Null ist, daher keine Mittel zu Agitationszwecken zur Verfügung stehen. Dort nun, wo der eine oder andere opfer-

willige Kollege vorhanden ist, der schließlich aus seiner eigenen Tasche die Agitation bestreitet, geht die Sache wohl leidlich gut, aber ich meine, es entspricht durchaus der Billigkeit, wenn wir jene Kollegen, die hervorragend sich für unsere Sache opfern, auch schadlos halten. Oder ist es nicht beschämend für die Kollegen einer Zahlstelle, wenn sie sich gleichsam sagen müssen, weil wir, vielleicht 50 an der Zahl, zu wenig Opfersinn besitzen, darum muß der 51. von uns, der auch nicht mehr Lohn verdient, allein die Kosten tragen. Schreiber dieses hat sehr häufig in auswärtigen Zahlstellen referiert, ohne daß es irgend jemand in den Sinn gekommen wäre zu fragen: Welche Auslagen müssen wir Dir ersetzen? Hieran denkt niemand, wohl aber daran, daß der Referent auf Grund des guten Verlaufes der Versammlung in einer Nachsicht noch sehr gut einige Runden zahlen könnte. Außer den Ausgaben für Agitation kommen dann noch in Betracht die Ausgaben für Bildungs- und Bibliothek-Zeitschriften etc.; ferner solche, die bei Krankenkassenwahlen, Gewerkegerichtswahlen usw. entstehen. Alles das sind Sachen für die die Kollegen am Orte selbst die Mittel aufbringen müssen und nach meiner Ansicht auch sehr gerne aufbringen, wenn sie auf der Höhe der Zeit stehen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch an eins erinnern. Dem eifrigen Leser unsers Organs wird es aufgefallen sein, daß es bis jetzt noch keiner einzigen Zahlstelle eingefallen ist, vor einer beabsichtigten Lohnbewegung zur Gründung einer lokalen Streikkasse einen Extrabeitrag zu erheben. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften machen dies anders. Sobald diese an einem Orte vorhaben mit Forderungen an die Arbeitgeber heranzutreten, dann wird schon ein halbes oder ein ganzes Jahr vorher von den Kollegen manchmal bis zu 50 Pfg. oder selbst bis zu 1 Mark besonderen Beitrag pro Woche geleistet. Auf Grund des Fonds, der dadurch angesammelt wird, ist es dann später bei einem eventuellen Streik sehr leicht möglich, all die verschiedenen unvorhergesehenen Ausgaben zu decken und vielleicht auch den Kollegen einen Zuschuß zu ihrer Streikunterstützung zu zahlen. Es wäre dringend zu wünschen und ich möchte die Zentrale bitten davon die Bewilligung einer Lohnbewegung mit abhängig zu machen, daß in Zukunft die Kämpfe durch Schaffung einer lokalen Streikkasse besser vorbereitet werden. Auch während eines Streiks müssen die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden, oder die nicht in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen eine Extraintervention leisten, und zwar nicht etwa 5 bis 10 Pfg. die Woche, sondern 1, 2 oder 3 Mark.

Das sind so in wenigen Zügen einige Gedanken, die mir ein Bedürfnis waren, im Organ zum Ausdruck zu bringen. Ich hoffe dabei, daß dieselben nicht auf steinigem Boden fallen, sondern daß sie in den Herzen aller Kollegen eine freundliche Aufnahme finden werden und daß sie mit dazu beitragen, die Erhebung eines Lokalbeitrages unverzüglich in allen Zahlstellen vorzubereiten. Der christliche Holzarbeiterverband, unsere Standesorganisation ist der Keinen Opfer sicherlich wert“.

Zum Bantischler-Streit in Posen.

In Nr. 29 berichteten wir schon kurz, daß der Bantischlerstreit in Posen leider nur mit geringem

Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Der nunmehr vorliegende, zwischen den Bantischlermeistern Posen und dem deutschen Holzarbeiterverbande geschlossene Vertrag bestätigt, daß die Arbeiter noch schlechter abgeschnitten, wie wir anfangs erwartet hatten. Der Vertrag lautet:

1. Der Arbeitsvertrag vom 25. Juli 1902 bzw. die im Juli 1902 zwischen den Holzbearbeitungsfabriken und den Arbeitnehmern vereinbarten Akkorde bleiben für die Folge in Gültigkeit, nur mit der Änderung, daß der Mindestlohn eines ordnungsgemäß ausgearbeiteten Tischlergesellen auf 33 Pfg. pro Stunde festgesetzt wird. Bisher gezahlte höhere Löhne werden hierdurch nicht berührt.

2. Dieser Vertrag hat bis zum 1. April 1905 Gültigkeit und muß, falls am Schluß eine Änderung beabsichtigt wird, dieses zwei Monate vorher dem andern Vertragsschließenden mitgeteilt werden. Geschieht dies nicht, so bleibt dieser Vertrag auf ein weiteres Jahr in Gültigkeit.

3. Die Arbeitgeber versprechen, gegen die Streikenden Maßnahmen nicht vorzunehmen, müssen es sich aber vorbehalten, gegenwärtig nur so viel Arbeitnehmer wieder anzustellen, als es nach den noch zu fertigenden Arbeiten erforderlich ist.

4. Die Arbeitnehmer versprechen, nach Wiederaufnahme der Arbeit mit den während des Streiks beschäftigt gewesenen Gesellen und Arbeitern Frieden zu halten.

5. Es wird vereinbart, daß zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses beiderseits eine Kündigungsfrist nicht erforderlich ist. Das Arbeitsverhältnis kann jederzeit am Schluß eines Arbeitstages gelöst werden; bei Akkordarbeiten nach Vollendung der übernommenen Arbeit.

6. Die Arbeit wird seitens der Streikenden Montag, den 6. Juli cr., wieder aufgenommen.

Der Vertrag enthält also nur den kaum ins Gewicht fallenden materiellen Vorteil, daß der Mindestlohn von 30 auf 33 Pfg. erhöht ist. So viel wir unterrichtet sind, dürften unter den Bantischlergesellen Posen wenige zu finden sein, die bis jetzt für 30 Pfg. die Stunde gearbeitet haben, die meisten haben mehr verdient, daher hat die Erhöhung des Mindestlohnes von 30 auf 33 Pfg. wenig zu bedeuten. Dagegen müssen die Gesellen bis 1905 unter den bisherigen Bedingungen weiter arbeiten und zwar, wie es in dem Vertrag heißt, im Frieden mit den während des Streiks beschäftigten Arbeitern.

Der Ausgang des Bantischlerstreiks in Posen ist gleichzeitig ein ernster Denksatz für diejenigen „Deutschen“, die da glauben, die christlichen Arbeiter und ihre Organisationen fortwährend bekämpfen zu müssen. Wie hat man sich seinerzeit, als der christliche Verband für die Möbeltschler den Streit proklamierte, benommen und wie hat man selbst während des Kampfes die christlichen Kollegen gegen unsern Verband zu verhexen gesucht? Und was ist der Erfolg davon gewesen? Ein Vergleich zwischen dem Tarif der Möbeltschler, abgeschlossen durch unsern Verband und ein Vergleich zwischen dem Tarif der Bantischler, abgeschlossen durch den deutschen Verband, gibt auf diese Frage Antwort. Im Interesse der Arbeiter wäre es dringend gelegen, wenn man den Christenhaß, zum mindesten bei Lohnbewegungen, etwas bei Seite läßt, dies um so mehr, als ja doch die Erfahrung

lehrt, daß selbst nach jedem Versuch, die Christlichen zu verspeisen, ein elender Rabenjammer folgt. So lange man aber, wie es bei der Bauarbeiterbewegung in Köln geschah, von der Verbandsleitung selbst den Kampf gegen die Christlichen ins Werk setzt, so lange wird eine Besserung nicht zu erwarten sein. Nun, wir werden dementsprechend auch unsere Taktik einrichten.

Nochmals vom Kampflage der sozialdemokratischen gegen die christlichen Gewerkschaften in Köln.

Die Vorgänge bei Gelegenheit der Aussperrung im Kölner Baugewerbe sind derart lehrreich, auch für unsere Mitgl., daß es sich lohnt, nochmals darauf einzugehen.

Wie bereits in zwei vorhergehenden Nummern berichtet, suchten die Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes in Köln den schweren gegen sie erhobenen Vorwurf, daß sie nämlich in unverantwortlicher Weise, nur um die christlichen Arbeiter und deren Verband zu unterdrücken, das Wohl und Wehe tausender Arbeiter und den Erfolg eines großen Lohnkampfes auf's Spiel gesetzt, mit dem kleinlichen Grunde zu rechtfertigen, unter den Vertretern des christlichen Verbandes befände sich ein Streikbrecher. Anstatt nun diese Behauptung auch sofort zu beweisen, ließen sich die „Freien“ erst nach wiederholter öffentlicher Aufforderung von Seiten der Ortsverwaltung Köln des christlichen Verbandes herbei, durch einen Maurer Johann Kessel folgendes in der Rheinischen Zeitung zu veröffentlichen:

„Der von dem christlichen Verband zur Kommissionsitzung delegierte Maurer Peter Geip war voriges Jahr Mitglied des Zentralverbandes der Maurer. Als damals die „christlichen“ Maurer entgegen den in der Versammlung im „Koloßraum“ gemeinsam gefaßten Beschlüssen, bei dem Unternehmer Besser am Wassernert die Arbeit aufnahmen, ehe der Unternehmer die Forderungen der Gesellen bewilligt hatte, fing auch der genannte Maurer Geip dort an; er hat also den Streik gebrochen. Als nachher die Sache geregelt war und der Unterzeichnete und andere Kollegen wieder dort die Arbeit aufnahmen, wurde Geip sein Verhalten verziehen. Als Geip jedoch seine Streikabgaben zahlen sollte, zog er vor, den Zentralverband zu verlassen und zu dem christlichen Verband überzugehen, wo er bei gleichgesinnten Seelen freundliche Aufnahme fand. Dieses erklärte ich auch in der mit dem Unternehmerverband gemeinsam abgehaltenen Sitzung in Gegenwart des Vorsitzenden des christlichen Verbandes, Herrn Wiedeberg, und Geip, der als Vertreter der Christlichen erschienen war, stritt den Sachverhalt nicht ab, sondern suchte sein Verhalten nur zu beschönigen“.

Da man nunmehr endlich von den sozialdemokratischen Verbandsvertretern herausgelockt hatte, um was es sich handelte, so war es sehr leicht, die Unwahrheit über den angeblichen Streikbruch nachzuweisen. Es geschah dies sofort durch folgende wahrheitsgetreue Darstellung des Sachverhalts:

Geip war voriges Jahr Mitglied des sozialdemokratischen Maurerverbandes. Als solches legte er anlässlich des vorigjährigen Streiks bei dem Unternehmer Besser die Arbeit nieder und fing bei einem andern Unternehmer, der die Forderung bewilligt hatte, an zu arbeiten. Hierzu stellte ihm die sozialdemokratische Streikleitung eine Arbeitskarte aus. Am 24. August bewilligte der Unternehmer Besser die Forderung und gab diesen Entschluß dem H. Vorsitzenden des christlichen Verbandes ausdrücklich bekannt. Geip, dem dies mitgeteilt wurde, ging daraufhin zu seinem früheren Arbeitgeber Besser und erkundigte sich, ob das Gehörte der Wahrheit entspreche. Da dies der Fall war, nahm Geip am 26. August bei dem Unternehmer Besser die Arbeit wieder auf. An demselben Tage kam auch Kessel zu demselben Unternehmer hin und fragte um Arbeit an. Er erhielt solche und fing dann am 27. August mit noch einer Anzahl Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes zu arbeiten an. Also derselbe Kessel, der jetzt den Geip des Streikbruches beschuldigt, nahm damals unter denselben Bedingungen auf derselben Baustelle mit einer Anzahl seiner Verbandskollegen die Arbeit an. Wie unter diesen Umständen Geip des Streikbruches beschuldigt werden kann, ist für einen vernünftig denkenden Menschen thätlich ein Rätsel und höchstens daraus erklärlich, daß gewisse

Leute nach dem bekannten verwerflichen Rezept handeln: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Ferner sei hier festgestellt, daß Geip, obgleich er keinen Pfennig aus der Streikkasse bezogen hat, an dieselbe 750 Mk. an Extra-Beiträgen während der damaligen Bewegung abgab. Der spätere Uebtritt Geips zum christlichen Verbande erfolgte nur aus dem Grunde, weil Geip als christlich gesinnter Arbeiter die sozialdemokratischen Bestrebungen des Maurerverbandes nicht mehr länger unterstützen wollte und weil andererseits sich Geip mit Recht sagte, daß ihm der christliche Verband in materielle Beziehung zum mindesten daselbe biete, wie der sozialdemokratische“.

Nach dieser Feststellung erklärten nun nochmals die Sozialdemokraten in der Rheinischen Zeitung, daß Geip doch ein Streikbrecher sei, denn er habe die Arbeit aufgenommen, bevor die Streikleitung mit dem Unternehmer verhandelt habe. Doch auch mit diesem Manöver hatten die Genossen Pech, denn prompt konnte von christlicher Seite nachgewiesen werden, daß der Unternehmer Besser überhaupt damals nicht mit der sozialdemokratischen Streikleitung verhandelt hat und daß auch die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes nur auf Grund der Bewilligung gegenüber dem H. Vorsitzenden des christlichen Verbandes die Arbeit zur selben Zeit aufnahmen. Hier wollen wir noch gleich bemerken, daß bei der damaligen Bewegung in Köln gerade der sozialdemokratische Verband es war, der weit über 100 Streikbrecher aufzuweisen hatte.

Die arge Verlegenheit, worin die „Allerweltsverbesserer“ geraten sind durch ihr eigenes Verhalten, verrät auch ein Flugblatt, welches herausgegeben dieselben für nötig gehalten. In diesem Flugblatt drückt man sich, wie immer, wenn man nichts sachliches vorzubringen weiß, um den Kern der Sache herum, schimpft aber desto mehr auf die Christlichen und spricht von deren wünscheln gegen die Unternehmer. Dabei sind es die Christlichen gewesen, die entschieden gegen das Unrecht von beiden Seiten gekämpft haben und zwar mit einem vollen Siege. Die Unternehmer mußten die Aussperrung mit erheblichen Lohnverbesserungen und die Herren Genossen ihren Uebermut mit einer empfindlichen Blamage büßen.

Daß die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften gerade von den Führern der sozialdemokratischen Verbände ausgeht, können wir nunmehr ebenfalls nachweisen. So erklärte ein Anhänger des sozialdemokratischen Verbandes in einer Versammlung, daß der Vorsitzende Bömelburg aus Hamburg es gewesen sei, der in einer Versammlung den Antrag gestellt habe, die Vertreter des christlichen Verbandes nicht zu den Verhandlungen zuzulassen.

Mit welchen Mitteln auch sonst noch gegen die christlichen Verbände gearbeitet wird, zeigt ein Vorkommnis, welches sich am 24. Juli in Köln-Sülz abspielte. Dort fand an diesem Abend eine vom christlichen Bauhandwerkerverbände einberufene Versammlung statt. Was thaten nun die Genossen? Sie postierten sich an die verschiedenen Straßenecken und erklärten den nach der Versammlung gehenden Arbeitern, der Referent sei nicht erschienen, die Versammlung fände nicht statt. Man hatte also jedenfalls Angst, in der Versammlung würden den Arbeitern die Augen über das schändliche Treiben in Köln geöffnet werden.

So also arbeiten die Herren Genossen für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Es gäbe die reinste Tyrannenwirtschaft, wenn diese Leute den alleinigen Einfluß besitzen würden. Das beständigen auch die Genossen selbst. So führte noch vor einigen Wochen der Sozialdemokrat Claus Stüven, welcher der ebenfalls sozialdemokratischen Freien Vereinigung der Maurer Hamburgs angehört, in einer Versammlung lebhaft Klage über die Brutalität des sozialdemokratischen Zentralverbandes der Maurer. Claus Stüven erklärte, der sozialdemokratische Zentralverband führe „schwarze Listen“, in denen die Namen der Mitglieder der Freien Vereinigung figurieren, um sie nach allen Regeln der Kunst maßregeln, chikanieren und von den Bauten vertreiben zu können. Sie schufen ein Ausnahmefgesetz, sie entzogen uns die Mitgliedsrechte in der sozialdemokratischen Partei, sie sperrten uns das Hamburger Echo ab, in dessen Spalten wir auf das heftigste angegriffen und verleumdet wurden. Erwiderungen, Verteidigungen usw. wurden jedoch und werden heute noch nicht von derselben „Arbeiterzeitung“ von uns aufgenommen. Eine solche Unzulässigkeit wie im Zentralverbande sei jeden-

falls in keiner anderen Parteigruppe oder Verein, wo man mit „Gleichheit“ und „Brüderlichkeit“ um sich werfe, in demselben Maße anzutreffen.

Da haben wir also ein Urteil über eine sich frei nennende Gewerkschaft von einem waschechten Sozialdemokraten selber. Maßregeln, chikanieren, verleumden, daß sind die Merkmale der Freiheitshelden. Selten wir deshalb überall auf der Hut und sehen wir diesen Leuten nicht allein aufs Maul, sondern auch auf die Fäuste. Machen wir es überall wie die christlichen Maurer Kölns, die den Unternehmern bessere Löhne abgerungen und dem Unterdrückungsversuch der „Freien“ zurückgewiesen haben. Daß wir damit auch den Beifall der Arbeiter finden, zeigt das Wachstum der christlichen Gewerkschaften Kölns. Ueber 120 neue Mitglieder ließen sich in einigen Tagen allein beim christlichen Maurerverbande aufnehmen. So wie in Köln müssen unsere Gewerkschaftler es unter ähnlichen Umständen überall machen, dann wird man ob gern oder nicht gern allerwärts zum Nutzen der Arbeiterschaft mit uns zu rechnen haben. Kollegen sorgt dafür!

K u n d s c h a u.

Professor Dr. Franz Hitze feierte am 26. Juli sein 25 jähriges Priesterjubiläum. Aus diesem Anlaß widmet die „Westf. Arbeiterztg.“ dem Jubilar einen längeren Leitartikel, worin die Verdienste des Herrn Professors auf dem Gebiete der Sozialpolitik hervorgehoben werden. Ohne auf das große Wirken des Jubilars im einzelnen einzugehen, erachten auch wir es als eine Pflicht, demselben an dieser Stelle unseren aufrichtigsten Dank für seine unermüdete Thätigkeit zum Wohle der Arbeiter abzustatten. Möge es Herrn Prof. Dr. Hitze noch recht viele Jahre vergönnt sein, sein segensreiches Wirken auf sozialpolitischem Gebiete fortzusetzen.

Ueber den Arbeitsmarkt im Monat Juni berichtet das Reichsarbeitsblatt: Im Monat Juni ist die Beschäftigung der hauptsächlichsten Industrien im wesentlichen auf dem gleichen, verhältnismäßig nicht unbefriedigenden Stand wie im Monat Mai geblieben. Am bemerkenswertesten ist die bevorstehende und zum Teil bereits eingetretene Verschlechterung der Verhältnisse des Arbeitsmarktes in der Textilindustrie, infolge der hohen Rohstoffpreise, auf welche bereits im Monat Mai hingewiesen wurde. In einzelnen Industrien, wie in der Konfektionsindustrie, der Buchdruckerei, Buchbinderei und anderen, hat sich das im Sommerhalbjahr übliche Nachlassen der Beschäftigung verstärkt geltend gemacht. Die Besserung in der Metallindustrie hat angehalten. Bei den an die Berichterstattung des „Reichs-Arbeitsblattes“ angeschlossenen Krankenkassen ist zum erstenmal eine Abnahme des Beschäftigungsgrades eingetreten, nämlich um 13892 gegenüber einer Zunahme von 55153 im Mai. Der Verkehr an den Arbeitsnachweiser war gegen den Vormonat unverändert.

Das Baugewerbe liegt in einer größeren Anzahl von Orten flau, teils infolge von Streiks, teils aus anderen Gründen. In Berlin hat im letzten Monat eine erhebliche Besserung stattgefunden. Dementsprechend war auch die Holzindustrie, soweit es sich um Herstellung von Bauhölzern handelt, nur mittelmäßig beschäftigt, die Möbelfabrikation lag flau. In der Cement- und Ziegelindustrie scheinen sich die Verhältnisse, wenn auch nur sehr unbedeutend, verschlechtert zu haben. Ueberangebot von Arbeitskräften war nicht vorhanden, durchgehends waren die Werke in vollem Betrieb. Aus der Kaltindustrie wird berichtet, daß sich zur Zeit die Konkurrenz des schwedischen Kalts sehr unangenehm bemerkbar macht, da aus Schweden sogar gebrannter Stückerkalt importiert werde. Ueberangebot von Arbeitern bestand nicht.

In der Bürstenfabrikation war unverändert lebhafter Geschäftsgang. Mangel an Arbeiterinnen bestand weiter wie bisher. Infolge der seit dem Jahre 1899 fort und fort steigenden Preise für die Borsten, haben die deutschen Bürstenfabrikanten beschlossen, eine zehnprozentige Erhöhung ihrer Verkaufspreise eintreten zu lassen.

In der Spielwarenindustrie Sonneberg's hielt die Geschäftstille an. Die Nachrichten aus Deutschland, England und dessen Kolonien lauten ungünstig, die Ordre's waren kleiner als in früheren Jahren. Es bestand an männlichen Arbeitskräften Ueberangebot. Die Löhne halten sich trotz der Stille. Die Hausindustriellen geben manchmal in

den Pressen nach, um Arbeit zu haben, ebenso mußten sie teilweise feiern, während in größeren Fabriken Einschränkungen nicht vorgenommen zu werden brauchen. Man hofft auf Besserung bei der nahenden Saison. Die Beschäftigung der Nürnberger Industrie war unverändert.

Zur Nachahmung empfohlen. Die vereinigten christlichen Gewerkschaftskartelle in Essen, Altenessen und Werden veröffentlichten in den Tagesblättern folgenden Aufruf an alle Arbeiter des Kreises Essen. Die wirtschaftliche Lage aller Berufsarbeiter drängt mit Gewalt zur Organisation, denn in ihr allein liegt nur die Gewähr für die Hebung des Arbeiterstandes. Nun haben seit einigen Jahren hier in unser und Umgegend die bestehenden Zentralorganisationen der christlichen Berufsverbände, wie Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bergarbeiter, Textilarbeiter, Maurer, Schneider, Schuhmacher, Maler und Anstreicher, Sattler u. Ortsgruppen errichtet, welche sich wiederum zu besseren Wahrung ihrer Rechte zu christlichen Ortskartellen zusammengeschlossen haben. Bisher haben die christlichen Arbeiter hiesiger Gegend noch vielfach diesen Berufsverbänden indifferent gegenübergestanden, jedoch bricht sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß Besserung der Lebenshaltung und Regelung der Arbeitszeit, Erhöhung des Arbeitslohnes, gerechter Ausgleich der gegenseitigen Interessen und Ueberbrückung der sozialen Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer das zu erstrebende Ziel der christlichen Gewerkschaften ist. Die schweren wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Zeit wie Coaks, Iserlohn und Pirmasens haben zur Genüge bewiesen, daß die christlichen Berufsverbände mit Nachdruck die Interessen der Arbeiterschaft vertreten; deshalb kann mit Fug und Recht die Aufforderung an alle Arbeiter ergehen: schließt Euch den christlichen Berufsverbänden an, dadurch wahrt Ihr Eure Rechte, schützt Euch aber auch gegen die Uebergriffe der sogenannten „freien“ Gewerkschaften, die unter dem Deckmantel der Neutralität die politischen Geschäfte der sozialdemokratischen Partei besorgen und gegen Andersdenkende einen unerhörten Terrorismus ausüben, wie auch die hier im Kreise bestehenden Ortsgruppen der christlichen Berufsverbände zur Genüge erfahren mußten. Dann aber auch möchten wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Vorurteile gegen die christlichen Gewerkschaften, welche bisher in einflussreichen Kreisen noch bestanden, schwinden mögen, daß wir mehr Unterstützung durch konfessionelle Vereine, auch von protestantischer Seite aus erhalten, wie bisher, damit die christliche Gewerkschaftsbewegung auch hier im Kreise eine mächtige und starke wird zum Wohle der Arbeiterschaft und auch zum Wohle der Gesamtheit. Allen Arbeitern und organisierten Kollegen rufen wir zu: Tretet ein in unsere Reihe, unterstützt uns in unseren Bestrebungen, besucht gegenseitig die öffentlichen Versammlungen, agitiert unaufhörlich für unsere Bewegung! Seid einig und stark. Die vereinigten christlichen Gewerkschaftskartelle von Essen, Altenessen und Werden.

NB. Anfragen und Anmeldungen für alle Berufe nehmen die Vorsitzenden der einzelnen Gewerkschaftskartelle entgegen, ferner in den Lokalen in Essen Altesbuschhaus und Vereinshaus Essen-W., in Altenessen Wirtschaft Böhmert, in Werden Gastwirtschaft Kimmestamp, Ruhrstraße.

Internationale Konferenz christlicher Textilarbeiter. Wie der „Christl. Textilarb.“ mitteilt, findet am 4. und 5. August in Enschede (Holland) die IV. internationale Konferenz christlicher Textilarbeiter statt, an der sich dieses Jahr zum ersten Male auch Italiener beteiligen werden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Verhandlungsgegenstände: 1. Bericht des internationalen Sekretärs; 2. Bericht der einzelnen Landesorganisationen über den Stand der Bewegung und der Verbandseinrichtungen; 3. Durchführung der Beschlüsse des Genter Kongresses; 4. die Arbeitszeit in der Textilindustrie der in Betracht kommenden Länder. (Referent: G. Camps-Vocholt); 5. die Frauenarbeit in der Textilindustrie. (Referent: W. Köhling-Dhlig); 6. die Arbeiterschutzgesetzgebung in den in Betracht kommenden Ländern; 7. Alters- und Invalidenversicherung. (Referent: C. M. Schiffer-Krefeld.)

Sozialpolitisches aus der Trierer Handelskammer. Der Jahresbericht der Handelskammer zu Trier für das Jahr 1902 zeigt wieder so recht, welches „Verständnis“ die Kammer für eine vernünftige Arbeitersicherung besitzt. Da wird z. B. an einer Stelle gemauert über die Lasten der Unfallversicherung:

„Durch die Novelle zum gewerblichen Unfallversicherungsgesetz vom 5. Juli 1900 ist eine wesentliche Erhöhung des

Reservefonds der Unfall-Versicherungsgesellschaften angeordnet worden. Die im § 34 dieses Gesetzes vorgesehene Verstärkung des Reservefonds durch neue Zuschläge über die ersten 11 Jahre des Bestehens einer jeden Versicherungsgesellschaft hinaus bedeutet bis zum Schluß dieser zweiten Sammelperiode im Jahre 1922 einschließlich der Zinsen für die deutsche Industrie eine weitere Ausgabe für soziale Zwecke von nicht weniger als etwa 450 Millionen Mark. Berechtigte Klagen werden deshalb aus industriellen Kreisen gegen diese gewaltige Mehrbelastung erhoben und mit Recht geltend gemacht, daß ein Bedürfnis für diese Erhöhung nicht anerkannt werden könne und auch in keiner Weise nachgewiesen sei. Als nicht minder schädigend muß ferner der Umstand angesehen werden, daß durch die Festlegung dieser Gelder so bedeutende Kapitalien der produktiven Verwendung innerhalb der Industrie entzogen werden. Bei dem Herrn Reichsminister haben wir daher beantragt, die baldige Beseitigung des § 34 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes und die Wiederherstellung der früheren Vorschriften herbeizuführen.“

Also „berechtigte“ Klagen über die „gewaltige“ Mehrbelastung für soziale Zwecke! Wir möchten mal gerne wissen, unter welchen Umständen man in diesen Kreisen keinen Grund mehr zum Klagen hätte. Jedenfalls müßte dann zum mindesten die ganze Arbeiterversicherung wieder verschwinden und Staat und Gesellschaft vor dem Geldsack auf dem Bauche kriegen. Diese Zeiten werden aber hoffentlich für immer vorbei sein und die Arbeiterbewegung wird schon dafür sorgen, daß durch Verbesserung der Arbeiterversicherungsgesetze die „gewaltige Mehrbelastung“ im Interesse der Allgemeinheit noch etwas vergrößert wird. Ebenso wird die Arbeiterschaft dafür sorgen, daß bezüglich eines anderen Punktes, der uns in dem Kammerbericht interessiert, nämlich die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiterinnen, die Ansicht der Unternehmer durchkreuzt wird. Hierüber sagt der Bericht:

„Ueber die Frage der Herabsetzung der zulässigen täglichen Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden, die Verlängerung der Mittagspause von 1 auf 1 1/2 Stunden und die Verlegung des Arbeitsbeginns am Sonnabend sowie an den Vorabenden der Festtage auf eine frühere Zeit als 5 1/2 Uhr, sind seitens des Herrn Reichsministers Erhebungen veranstaltet worden, die uns veranlassen, die Meinungsäußerung der davon betroffenen Industriezweige einzuholen, um rechtzeitig zu diesem im Falle ihrer Verwirklichung tiefingreifenden in gewerblichen Kreisen große Erregung verursachenden Absichten der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Die uns hierauf aus den Kreisen der keramischen Industrie, der Blaudruckfabrikation, Gaderet, Federfabrikation und der Mineralbrunnenbesitzer erstatteten Berichte ließen erkennen, daß die 10stündige Arbeitszeit in diesen Betrieben teilweise schon eingeführt ist. Gleichwohl haben wir aus diesen Berichten die Ueberzeugung gewonnen, daß eine gesetzliche Festlegung der 10stündigen Arbeitszeit auf die größten Bedenken stößt, einerseits mit Rücksicht auf die Zeiten eines lebhafteren Geschäftsganges, während welcher eine Ausdehnung der Arbeitszeit nicht zu umgehen ist, andererseits weil bei dem Zueinandergreifen der Arbeitstätigkeit die Verminderung der Arbeitszeit der weiblichen Arbeiter auch eine solche der männlichen Arbeiter und damit eine allgemeine Schwächung des Arbeitslohnes zur Folge hätte. Eine Verkürzung der Arbeitszeit der weiblichen Arbeiter widerspricht somit dem eigensten Interesse des Arbeiterstandes nicht minder als dem der Arbeitgeber.“

Wenn man die zwei letzten Sätze liest, so sollte man bald meinen, die Herrn flößen über von Besorgnis für die Arbeiter. Aber es ist dies dasselbe Manöver, was einst ein mächtiger Staatsmann machte, indem er gegen die Sonntagsruhe wettete mit der Begründung, die Arbeitsruhe am Sonntage bedeute für die Arbeiter ein Mindereinkommen von 1/7. Daß solche Scheinmanöver heute nicht mehr ziehen, müßte doch auch wohl bald den Herrn der Trierer Handelskammer bekannt sein. Aber was thut man nicht in diesen Kreisen, um das bishen Arbeiterschutz zu verhindern. Schade nur, daß die Arbeiterschaft im Bezirk Trier selbst infolge mangelhafter Organisation den dortigen Arbeitgebern von Zeit zu Zeit nicht etwas mehr sozialpolitisches Verständnis beibringt.

Minister Möller und das Handwerk. Gelegentlich eines Besuches, den der Handelsminister Möller vor einigen Tagen der Handelskammer in Osnabrück abstattete, hielt derselbe eine Rede über die gegenwärtige Lage und die Zukunft des deutschen Handwerks. Hierüber berichtet der Hannov. Cour.:

Der Minister ging davon aus, daß das Handwerk, wenn auch nicht alles, was es erstrebt habe, so doch eine staatliche Organisation in den Handwerkskammern bekommen habe. Diese Organisation sei neu, man könne daher noch keine großen Früchte von ihr erwarten; aber es liege an den Handwerkern, aus der Organisation etwas zu machen, und damit großes für das Handwerk zu erreichen. Die Organisation allein thue es nicht, sondern es komme vor allem darauf an, daß das Handwerk der enorm schnell voranschreitenden Zeit, deren Neuerungen und Fortschritte zu folgen im Stande sei. Für die nächste Zeit müsse das Hauptstreben dahin gehen, dem Handwerker die notwendige Ausbildung zu geben und da nachzuholen, wo durch den raschen Fortschritt der übrigen Welt Lücke entstanden seien. Das Handwerk habe zweifellos schwer zu kämpfen gegen die großkapitalistische Bewegung, aber daran sei nichts zu ändern. Ohne die großkapitalistische Bewegung würden die mächtigsten Werke nicht sein, die ihre Produkte in die ganze Welt als Zeugen deutschen Gewerbes hinausgehen

lichen. Gegen die vor allem gewaltige Konzentration des amerikanischen Kapitals könne man sich nur wehren, wenn man in beschleunigter Weise auf demselben Wege folge, ohne die Fehler zu machen, die drüben gemacht seien. Auch das Handwerk müsse, wo das Kapital des Einzelnen nicht ausreicht, im Wege verständiger Genossenschaftsbildung nachhelfen, und ebenso müsse in Bezug auf Wissen nachgeholfen werden. Das Hauptstreben der Regierung gehe jetzt dahin, Fachschulen für die Lehrlinge und Meisterkurse einzurichten. Ein großer Fehler, woran das Handwerk vielfach krankt, liege darin, daß die Handwerker nicht rechnen, nicht richtig kalkulieren könnten, nicht wüßten, was sie für ihre Erzeugnisse fordern sollten, und deshalb oft zu billigen Preisforderungen bei den Submissionen zückten. Deshalb sollten die Handwerker in der Weiterbildung vor allem die Grundsätze eines verständigen, volkswirtschaftlich richtigen Rechnens lernen lernen. Der Minister erwähnte dann die Entsendung von Kommissionen nach Österreich und Bayern, nach England, nach Mittel- und Süddeutschland, sowie nach der Schweiz, zum Studium der für das Handwerk geschaffenen Einrichtungen, wobei er hinzufügte, daß die Absicht bestehe, im nächsten Jahre eine Kommission nach den Vereinigten Staaten zu schicken. Dort werde man Gelegenheit haben, zu lernen, daß bei steigenden Löhnen die Lehrlingsausbildung auf andere Füße gestellt werden müsse. In mancher unserer Großstädte werde man sich in nicht allzu ferner Zeit vor die Frage gestellt sehen, wie man zukünftig die Lehrlinge ausbilden solle, ob sie noch überall bei dem Meister ausgebildet werden könnten wie früher in guter bürgerlicher Weise, gewissermaßen als Mitglied der Familie. Wo das möglich sei, solle es bei dem hergebrachten Verhältnisse bleiben. Aber in den Großstädten werde man die Lehrlingsausbildung nach anderer Richtung, vielleicht schulmäßig, umgestalten müssen, indem man die Lehrlinge in Musterwerkstätten in die Lehre gehen lasse. Zum Schluß führte der Minister u. a. noch folgendes aus: Wollen wir in der heutigen lebhaft vorwärts treibenden Zeit uns auf der Höhe erhalten, dann müssen wir nach allen Richtungen hin unsere Füßler ausstrecken und sehen, wo etwas Gutes für uns zu haben ist. Ich muß die Herren vom Handwerk immer wieder bitten: Verzweifeln Sie nicht! Nicht alles freilich geht in alter Weise weiter, es müssen neue Formen gesucht werden. Manche Handwerke sind allerdings unweigerlich verloren, sie sind der industriellen Thätigkeit verfallen. Dafür treten aber immer neue Arbeitskräfte in die Erscheinung, in denen sich der Handwerker in der mannigfaltigsten Weise betätigen kann, z. B. infolge der Entwicklung der Elektrizitätsindustrie, dann im Wasserleitungswesen, bei Herstellung der Gasanlagen usw. Die Gesamtzahl der handwerksmäßig arbeitenden Personen ist nicht kleiner, sie ist größer geworden. Seien Sie deshalb nicht pessimistisch und glauben Sie nicht, das Handwerk gehe unter; streben Sie tüchtig voran, ich bin überzeugt, dann wird das Handwerk wieder an die Spitze kommen, gleich unserer Industrie, die schwer zu kämpfen gehabt hat Jahrzehnte hindurch. Die königliche Staatsregierung ist auf das eifrigste bestrebt für das Handwerk das zu erreichen, was praktisch möglich ist.

Das Gegenstück eines „Herrn im Hause“.

Hierzu wird uns aus Regensburg geschrieben: „Heutzutage, wo man fast in jeder Nummer unserer Gewerkschaftspresse von Kämpfen der Arbeiter um ihr Koalitionsrecht liest, ist es doppelt erfreulich, auch einmal von einem gegenteiligen Fall berichten zu können. Vergangenen Sonntag wurde in Culsbrunn, einem unserer Vororte, eine Zahlstelle für die nicht-gewerblichen Arbeiter gegründet, der sofort 80 Mann beitraten. In dieser Versammlung war auch der Hauptvertreter der weitbekannteren Firma Pustet in Regensburg, in dessen Papierfabrik die betr. Arbeiter fast alle beschäftigt sind, erschienen und nahm daselbst auch das Wort. Er begrüßte die Organisation als gesunde und wirksamen Verbindungsfaktor zwischen Arbeiter und Unternehmer. Er forderte dann die Leute selbst auf, sich zu organisieren, zugleich betonend, bei vorkommenden Beschwerden oder sonstigen Forderungen sich direkt an den Arbeitgeber zu wenden. Mit Recht konnte ein anwesender Arbeiter daraufhin erklären, daß, obschon er viele Jahre organisiert sei, sich nicht erinnern könne, jemals einen Arbeitgeber, dazu einen Großindustriellen in einer Gewerkschaftsversammlung so sprechen gehört zu haben. Würden alle Arbeitgeber so denken und handeln wie das Haus Pustet in Regensburg, dann bliebe die Industrie von manchen Kämpfen bewahrt und die Lösung der Arbeiterfrage sei einen Schritt näher gerückt. Zu wünschen wäre, daß das schöne Beispiel der Firma Pustet recht viele Nachahmer finde.

Lohnbewegung.

Zugung ist ferngehalten von: Schreiner nach Manne i. Westfalen, und Köhler a. W. — Kaiser nach Stuttgart (Zahlfabrik Diener & Roth). (Wir bitten, uns jede Woche mindestens per Karte über den Stand der Differenzen Mitteilung zu machen, da sonst die Warnung wegfällt.)

Aus den Bahnhallen.

Düsseldorf, 24. Juli. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung, welcher der Gewerbeinspektor Herr Bestmeyer als Gast bewohnte, referierte Herr Arbeiterssekretär Ernst Altendorf über das Unfallversicherungsgesetz. Eingangs seiner Ausführungen, auf die Entziehung der Arbeiterschutz

